



Gelsenkirchen

Niederschrift

Nr. der Sitzung						
29	☒	Öffentliche Sitzung	☐ Nichtöffentliche Sitzung	☒	Öffentlicher Teil	☐ Nichtöffentlicher Teil
Wahlperiode 2014 / 2020						
Bezeichnung des Gremiums						
Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West						
Datum	Sitzungsdauer (von – bis)		Sitzungsgebäude, -raum			
6. November 2018	16.00 – 17.50		Gelsenkirchen, Rittersaal Schloss Horst			

Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der nachgehefteten Niederschrift.

Die Sitzungsteilnehmer sind in dem beiliegenden Teilnehmerverzeichnis aufgeführt.

Joachim Gill

Bezirksbürgermeister

Franz-Josef Berghorn

Bezirksverordneter

Renate König

Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung verwies Herr Bezirksbürgermeister Gill auf die allen Mitgliedern der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West vorliegende aktuelle Tagesordnung mit den darin ausgewiesenen Tagesordnungserweiterungsvorschlägen der Verwaltung zu den Tagesordnungspunkten 11 - Schulentwicklung in Gelsenkirchen; Ausbau für die Offene Ganztagschule (OGS) an der Gemeinschafts-Grundschule Albert-Schweitzer-Straße, Albert-Schweitzer-Straße 38 - und 12 - Fortschreibung des Nahverkehrsplans, Teil 2 (Gesamtentwurf) - Entscheidung über die Anregungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 9 ÖPNVG NRW - im öffentlichen Teil.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr Gerlach beantragte für die SPD-Fraktion die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 - Zusammenleben mit Zuwanderern aus EU-Ost-Mitgliedsstaaten -. Am 30. Oktober 2018 habe eine Bürgerinformationsveranstaltung stattgefunden, in der die Anwesenden ausreichend informiert worden seien. Darüber hinaus seien alle Fragen von Herrn Hauer durch eine Mitteilungsvorlage beantwortet worden.

Herr Hauer warf der SPD-Fraktion vor, sich, ebenso wie die Verwaltung, „Taschenspielertricks“ zu bedienen. Er habe die Veranstaltung so verstanden, die Politiker ließen die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen und behandelten das Thema in der heutigen Sitzung, zumal sich für ihn nach der Veranstaltung noch einige Fragen ergeben hätten. Er spreche sich gegen eine Absetzung aus und kündigte an, bei Nichtbehandlung des Punktes, Anfragen in der nächsten Sitzung zu stellen.

Herr Kranefeld teilte mit, er habe aus beruflichen Gründen nicht an der Veranstaltung teilnehmen können, in der die Information stattgefunden habe. Da sich auch für ihn noch Fragen ergeben hätten, spreche er sich für die Beibehaltung des Punktes auf der Tagesordnung aus.

Herr Berghorn stellte fest, es habe sich um eine gute Informationsveranstaltung gehandelt. Detailfragen, die sich in der Zukunft ergäben, könnten explizit erfragt und dann von der Verwaltung beantwortet werden. Die CDU-Fraktion spreche sich daher ebenfalls für die Absetzung des Punktes von der Tagesordnung aus.

Herr Grohé hielt eine politische Diskussion über die Konsequenzen nach der Veranstaltung in der heutigen Sitzung für notwendig und kündigte an, dem Antrag auf Absetzung nicht zuzustimmen.

Anschließend ließ Herr Bezirksbürgermeister Gill über den Absetzungsantrag der SPD- Fraktion abstimmen.

Dem Absetzungsantrag wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der Bezirksverordneten Herrn Kranefeld, Herrn Grohé, Herrn Jansen und Herrn Hauer und Enthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

Herr Hauer vermisste den Punkt „Ergebnis der Akteneinsicht Waage-Gebäude“ auf der Tagesordnung. Er habe den Herrn Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit angeschrieben, aber noch keine Antwort erhalten. Ferner beantrage er, den Tagesordnungspunkt 1 - Anmietung und Inbetriebnahme einer viergruppigen

Tageseinrichtung für Kinder, Am Bowengarten 9 (ehemaliges Waagehaus) in Gelsenkirchen-Horst - im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Harter stellte klar, die Geschäftsordnung der Stadt Gelsenkirchen für den Rat und seine Ausschüsse bestimme, bei Mietverträgen mit Dritten, deren berechtigtes Interesse sei, dass die Mietkonditionen nicht öffentlich behandelt würden, sei die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Abschließend ließ Herr Bezirksbürgermeister Gill über die geänderte aktuelle Tagesordnung abstimmen.

Der aktuellen Tagesordnung wurde mehrheitlich bei Gegenstimme des Bezirksverordneten Herrn Hauer zugestimmt.

Somit ergab sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

für die 29. Sitzung der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West
am 6. November 2018

Drucksache Nr.

1	Bürgerschaftliche Initiativen	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Zusammenleben mit Zuwanderern aus EU-Ost-	
- abgesetzt -	Mitgliedsstaaten	
4	Haushaltsaufstellungsverfahren 2019	
4.1	Ergebnis des Bezirksforums West vom 26. September 2018	14-20/6396
4.2	2. Zyklus Etatberatungen	14-20/6407
5	Bebauungsplan Nr. 424 der Stadt Gelsenkirchen "Ehemaliges Gartencenter" zwischen Fischerstraße und Alter Emscher - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss - (beschleunigtes Verfahren)	14-20/6376

6	Gesamtstädtisches Räumliches Strukturkonzept (RSK) hier: abschließender Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB	14-20/6193
7	Sanierung des Kunstrasenspielfeldes auf der Sportanlage "Auf dem Schollbruch"	14-20/6228
8	Verlegung der Go-Kart-Bahn auf dem Bau- und Abenteuerspielplatz Bottroper Straße	14-20/6239
9	Jugendhilfeplan Teil IV "Tageseinrichtungen für Kinder" - Bedarfsplanung 2018/2019 -	14-20/6269
10	Fällung von Straßenbäumen im Stadtbezirk Gelsenkirchen-West	14-20/6318
11	Schulentwicklung in Gelsenkirchen; Ausbau für die Offene Ganztagschule (OGS) an der Gemeinschaftsgrundschule an der Albert-Schweitzer-Straße, Albert-Schweitzer-Straße 38:	14-20/6488
12	Fortschreibung des Nahverkehrsplans, Teil 2 (Gesamtentwurf) - Entscheidung über die Anregungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 9 ÖPNVG NRW	14-20/6427
13	Mitteilungen und Anfragen	
13.1	Berichte zum Stichtag 30.09.2018	
13.1.1	Vorstandsbereich 4	14-20/6355
13.1.2	Vorstandsbereich 6	14-20/6347
13.2	Ergebnisniederschrift über die Sitzung der Unfallkommission am 26.03.2018	14-20/6175
13.3	Einrichtung des Referates 32 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung - Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Referat Öffentliche Sicherheit und Ordnung und dem Referat Verkehr	14-20/6179

13.4	Neuaufgabe des Partizipationsindex: Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern Grundlage für eine sozialräumliche Strategieentwicklung	14-20/6216
13.5	Niederflurgerechter Umbau von Bus- und Straßenbahnhaltestellen - Sachstand	14-20/6334
13.6	Haushaltsantrag zum Haushalt 2018 hier: Antrag der SPD-Fraktion Bezirksvertretung West - Trainingsfläche aus Tartan im Fürstenbergstadion	14-20/6358
13.7	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Schikorr - Anbringung von Abfallbehältern und Hundekotbeutelspendern im Bereich der Neubauten Albert-Schweitzer-Straße -	14-20/6289
13.8	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Lucas - Schulen im Stadtbezirk Gelsenkirchen-West -	14-20/6387
13.9	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Hauer - Gewalt in Horst -	14-20/6402
13.10	Anfrage des Bezirksverordneten Herrn Hauer - Sachstand "Müllabfuhr" in kleineren Straßen -	14-20/6393

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 1

Sitzungsdatum: 06.11.2018

Bürgerschaftliche Initiativen

Erläuterungen:

Es lagen keine Eingaben vor.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 2

Sitzungsdatum: 06.11.2018

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Erläuterungen:

Es lagen keine schriftlichen Fragen vor.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 3

Sitzungsdatum: 06.11.2018

Zusammenleben mit Zuwanderern aus EU-Ost-Mitgliedsstaaten

Erläuterungen:

Der Punkt wurde abgesetzt. Siehe Erläuterungen auf Seiten 2 und 3 der Niederschrift.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 4

Sitzungsdatum: 06.11.2018

Haushaltsaufstellungsverfahren 2019

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 4.1

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6396

Ergebnis des Bezirksforums West vom 26. September 2018

Geänderter Beschlusstext:

Die Bezirksvertretung West beschließt die Umsetzung der Vorschläge im Umfang des in der Bürgerversammlung am 26.09.2018 für den Stadtbezirk West vereinbarten Vorschlagspaketes (*Anlage*) mit Ausnahme des Vorschlages 17 - Zuschuss für das Jugendzentrum Che für eine Busfahrt zum KZ Buchenwald - und die Zuordnung der im Haushaltsplanentwurf 2019 zunächst pauschal veranschlagten Finanzmittel auf Ebene der jeweiligen Produktgruppen.

Die Umsetzungen der Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt von etwaig erforderlichen bauaufsichtsrechtlichen oder nutzungsrechtlichen Genehmigungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Bezirksbürgermeister Gill informierte darüber, im Bezirksforum sei festgelegt worden, die Gelsenkirchener Schloss Narren e. V. erhielten für den „Sturm auf Schloss Horst“ einen Zuschuss von 500,00 Euro. Unter den besonderen Hinweisen in der Vorlage zu diesem Vorschlag sei der Zuschuss gestrichen worden, da die Veranstaltung nach Absprache mit ihm von einer anderen Organisation durchgeführt werden solle. Die Absprache mit ihm habe es nicht gegeben und der Satz sei erst nach Fertigstellung durch die Vorlagenerstellerin eingefügt worden. Der Sturm an Weiberfastnacht werde bereits 36 Jahre, zunächst auf das Horster Amtshaus, dann auf das Horster Schloss, in den letzten Jahren mit dem KC Astoria 1982 e. V., durchgeführt. Seit einigen Jahren gebe es im Bezirk West einen weiteren Karnevalsverein, den er gebeten habe, zu prüfen, ob es möglich sei, den Schlosssturm im nächsten Jahr durchzuführen. Der Verein habe nach anfänglichem Zögern schließlich zugesagt. Da diese Veränderung offenbar nicht den Geschmack aller Karnevalsfreunde getroffen habe, sei ein privates Gespräch mit ihm, dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion und dem Leiter der Hauptschule Schwalbenstraße geführt worden. Sie seien alle drei Ehrenritter des KC Astoria 1982 e. V. Die geschilderte Einigung habe es bei dem Gespräch nicht gegeben. Ihm sei inzwischen bekannt, das Festkomitee Gelsenkirchener Karneval habe die Glashalle für den 28. Februar 2019 angemietet. Da die Veranstaltung nicht von den Gelsenkirchener Schloss Narren e. V. durchgeführt werde, stehe er für den „Sturm auf Schloss Horst“ im Jahre 2019 nicht zur Verfügung.

Herrn Gerlach stimmte die Ausführungen von Herrn Gill nachdenklich. Die SPD-Fraktion wolle wissen, wie der Passus, es habe eine Absprache mit dem Bezirksbürgermeister gegeben, nach der Erstellung des für die Vorlage zuständigen Referates Stadtkämmerei und Finanzen, in die Vorlage gelangt sei.

Herr Florian berichtete, er habe keine Erkenntnis, wie der Satz Eingang in die Vorlage gefunden habe.

Herr Harter stellte klar, er sei an der Erstellung der Vorlage nicht mitbeteiligt, habe aber mit dem Mitarbeiter, der für die Formulierung zuständig gewesen sei, gesprochen. Dieser habe eine Rückmeldung über das von Herrn Gill erwähnte Gespräch erhalten und verstanden, es sei zu einer Einigung gekommen und so den Passus eingefügt. Dass es dieses Gesprächsergebnis nicht gegeben habe, sei der Verwaltung nicht bekannt gewesen. Er entschuldige sich für die Formulierung und bitte, den eingefügten Wortlaut „in Absprache mit dem Bezirksbürgermeister“ zu streichen. Dies ändere allerdings nichts an dem Sachverhalt, dass die Glashalle von einem anderen Veranstalter für den „Sturm auf Schloss Horst“ angemietet worden sei.

Herr Kranefeld bilanzierte, diese Posse passe zum Thema Karneval. Auch er habe feststellen müssen, die Bezirksvertretung - und insbesondere der Bezirksbürgermeister - würden nicht so gewürdigt, wie es angemessen sei. Er danke Herrn Bezirksbürgermeister Gill für die Konsequenz, die er daraus ziehe.

Herr Hauer erkundigte sich, ob es möglich sei, einzelne Punkte der Liste abzulehnen.

Herr Florian erläuterte, die Gesamtliste läge der Bezirksvertretung zur Abstimmung vor. Wenn der Wunsch bestehe, einzelne Punkte aus der Liste zu streichen, müsse darüber abgestimmt und die Liste eventuell geändert werden. Er gebe aber zu bedenken, es handle sich bei der im Bezirksforum beschlossenen Liste um den Bürgerwillen.

Herr Gerlach stellte für die SPD-Fraktion fest, der Bürgerwille gelte auch für Änderungen, die die Verwaltung vornehme, offensichtlich nicht. Daher sehe er auch kein Problem, dass die Politik, wenn sie mit einzelnen Positionen Probleme habe, über diese noch einmal gesondert abstimme.

Herr Berghorn erinnerte daran, im letzten Jahr habe die CDU-Fraktion die Rankingliste verändern wollen. Dies sei grundsätzlich abgelehnt worden, weil die Liste den Bürgerwillen widerspiegle und daher in ihrer Gesamtheit beschlossen werden solle.

Herr Grohé wies darauf hin, das Bezirksforum sei Ersatz für den vormaligen Bürgerhaushalt und der Bürgerwille werde durch den nachträglichen Beschluss der Bezirksvertretung gewürdigt. Er lehne ab, einzelne Positionen zu streichen, nur weil eine Maßnahme oder ein Antragsteller nicht gefalle.

Herr Kranefeld vertrat die Ansicht, grundsätzlich solle der Bürgerwillen akzeptiert werden, im Einzelfall müsse aber die Möglichkeit bestehen, über strittige Maßnahmen abzustimmen.

Herr Hauer wies darauf hin, die Entscheidung der Bürger könne von der Politik mitgetragen werden, müsse aber nicht in jedem Falle so beschlossen werden. Er habe festgestellt, kleinere Gruppen nähmen mit vielen Mitgliedern am Bezirksforum teil. Aus diesem Grund sei das Ergebnis nicht unbedingt repräsentativ. Er beantrage, die Positionen 1 - Zuschuss für Die Falken OV für die Veranstaltungsreihe Kulturherbst für Kinder - und 17 - Zuschuss für das Jugendzentrum Che für eine Busfahrt zum KZ Buchenwald - zu streichen. Er spreche sich für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit aus, dies gelte aber nicht für politische Gruppen.

Herr Jansen vertrat die Ansicht, die normgebende Organisation sehe eine Abstimmung über die Vorschläge vor, die Mandatsträger seien aber frei, über kontroverse Punkte zu diskutieren und abzustimmen, ob sie von der Bezuschussung ausgenommen werden sollten. Nur weil die Liste im letzten Jahr in Gänze beschlossen worden sei, müsse das nicht so weitergeführt werden.

Herr Gerlach betonte für die SPD-Fraktion, der Bürgerwille solle so weit wie möglich Berücksichtigung finden, die Politik könne aber bei Auffälligkeiten entsprechende Punkte von der Liste streichen.

Herr Kranefeld informierte darüber, er habe, wie die meisten Menschen, die sich mit Politik befassen, ebenfalls Probleme mit dem Vorschlag 17. Im Gegensatz zu den Falken, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stünden, werde die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) vom Verfassungsschutz beobachtet. In ihrem Grundsatzprogramm befürworte sie einen bewaffneten Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Aus diesem Grunde wolle er diese Partei nicht finanziell unterstützen.

Herr Berghorn erinnerte namens der CDU-Fraktion daran, das Bezirksforum sei eingerichtet worden, um unpolitisch Wünsche aus der Bevölkerung an die Verwaltung zu richten. Auch die CDU-Fraktion sei unglücklich über eine Bezuschussung der MLPD, es solle aber bei dem System, den Bürgerwillen zu übernehmen, bleiben. Die Vorschläge seien von kompetenten Vorständen und der Fachverwaltung geprüft und übernommen worden.

Herr Bezirksbürgermeister Gill wies darauf hin, Frau Stadträtin Berg habe am Abend des Bezirksforums eine Prüfung des Antrages des Jugendzentrums Che zugesagt. Da Voraussetzung für die Bezuschussung nicht die Anerkennung als Träger der Jugendhilfe sei, stehe der Vorschlag in der Liste.

Herr Kranefeld stellte fest, eine politischere Diskussion als die jetzige beim Beschluss über die Vorschläge des Bezirksforums sei kaum vorstellbar und er wolle verhindern, dass die MLPD auch noch mit städtischen Mitteln ihre Ideologien weiter verbreite.

Herr Berghorn bemerkte, er habe ausgeführt, das Verfahren des Bezirksforums sei unpolitisch.

Herr Hauer teilte die Auffassung von Herrn Kranefeld und bat, darauf zu achten, keine Zuschüsse an politische Organisationen zu zahlen. Kindererziehung solle unpolitisch erfolgen, aber die Falken bevorzugten eine sozialistische Erziehung und die MLPD instrumentalisieren selbst 5- bis 8jährige für ihre politische Arbeit. Außerdem handle es sich um eine der reichsten Parteien, denen auch aus diesem Grunde keine Mittel aus dem kleinen Bezirksbudget bewilligt werden sollten. Er werde nur nach seinem Gewissen entscheiden.

Herr Gerlach führte aus, die SPD-Fraktion folge der Argumentation von Herrn Kranefeld und halte die MLPD ebenfalls für eine verfassungsfeindliche Partei, die unter Beobachtung stehe. Die SPD-Fraktion spreche sich daher ebenfalls für die Streichung der Unterstützung des Vorschlages 17 aus.

Herr Grohé war der Meinung, wer an der Macht sei, bestimme, wer unter Beobachtung gestellt werden müsse. Ein Besuch im Konzentrationslager Dachau solle regelmäßiger Bestandteil der kommunalen Jugendarbeit sein und gegen einen „Rechtsruck“ wirken, indem dazu beigetragen wird, dass unsere Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

Herr Berghorn wollte nochmals von der Verwaltung wissen, ob es möglich sei, über die beiden strittigen Punkte abzustimmen.

Herr Florian informierte darüber, die Politik entscheide und habe die Freiheit, Punkte aus der Vorschlagsliste heraus zu nehmen.

Herr Harter fügte hinzu, bei der ersten Abstimmung über die Ergebnisse der Bezirksforen habe die Verwaltung darum gebeten, über die Gesamtliste abzustimmen. Inzwischen gebe es den Erkenntnisgewinn, wenn sich die Ortpolitik einhellig gegen eine Maßnahme ausspreche, diese auch einzeln abzustimmen. Grundsätzlich sollte aber der Bürgerwille Berücksichtigung finden, um das bürgerschaftliche Engagement zu würdigen.

Anschließend ließ Herr Bezirksbürgermeister Gill über den Antrag auf Streichung der Maßnahme 1 „Veranstaltungsreihe Kulturherbst für Kinder, Friedrich-Ebert-Haus & SJD- Die Falken OV“, abstimmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich bei Gegenstimme des Bezirksverordneten Herrn Hauer abgelehnt.

Abschließend ließ Herr Bezirksbürgermeister Gill über den Antrag auf Streichung der Maßnahme 17 „Busfahrt zum KZ Buchenwald, Jugendzentrum Che“, abstimmen.

Dem Antrag wurde mehrheitlich bei Gegenstimme des Bezirksverordneten Herrn Grohé zugestimmt.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 4.2

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6407

2. Zyklus Etatberatungen

Beschlusstext:

Die Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West

1. stimmt dem am 30.08.2018 in den Rat der Stadt eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung 2019 (Drucksache Nr. 14-20/6170) zu.
2. stimmt dem am 30.08.2018 in den Rat der Stadt eingebrachten Entwurf des Haushaltssanierungsplans (Drucksache Nr. 14-20/6169) zu.
3. stimmt der am 30.08.2018 in den Rat der Stadt eingebrachten Auflistung zum investiven Teil des Finanzplans 2018 (Drucksache Nr. 14-20/6174) zu.
4. nimmt die beigelegten Stellungnahmen der Verwaltung zu den Prüfaufträgen aus dem ersten Beratungszyklus zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

1. mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der Bezirksverordneten Herrn Jansen und Herrn Hauer
2. mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der Bezirksverordneten Herrn Jansen und Herrn Hauer

3. mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der Bezirksverordneten Herrn Jansen und Herrn Hauer

4. einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Im Namen der SPD-Fraktion stellte Herr Gerlach folgenden Prüfauftrag:

Befestigung / Parkplatzerweiterung für die Sportanlage „Auf dem Schollbruch“ am Marie-Juchacz-Weg (SV Horst 08)

Begründung: Die vorhandene Parkfläche befindet sich schon seit Jahren in einem äußerst desolaten Zustand und sorgt für ständigen Unmut bei den Besuchern der Sportanlage. Auch der Sportverein Horst 08 beklagt sich immer wieder über diese Situation. In der Vergangenheit wurden die Beschädigungen notdürftig und ohne Nachhaltigkeit repariert. Es ist zu prüfen, ob neben einer dauerhaften Befestigung der Parkfläche auch eine Erweiterung der Stellplätze möglich ist.

Herr Bezirksbürgermeister Gill ließ über den Prüfauftrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Gerlach stellte für die SPD-Fraktion folgenden weiteren Prüfauftrag:

Sanierung Kellergewölbe Schloss Horst

Begründung: Das Kellergewölbe im Schloss Horst befindet sich in einem schlechten visuellen und teilweise auch baulichen Zustand. Die weiße Wandfarbe, die aufgebracht wurde, um Veränderungen im Mauerwerk festzustellen, ist an vielen Stellen abgeblättert und einige Ziegelsteine sind beschädigt oder ganz herausgebrochen. Da auch bei den Besuchern der Restauration und des Museums schnell ein negativer Eindruck entstehen kann, ist hier Handlungsbedarf gegeben.

Herr Bezirksbürgermeister Gill ließ über den Prüfauftrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Dem Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung des Bezirksverordneten Herrn Hauer zugestimmt.

Herr Kranefeld stellte folgenden Änderungsantrag:

Aufnahme in die kurzfristigen Ziele sowie direkte Aufstellung und Betreuung der vormals bereits zugesagten Hundekottütenspender im Bereich des Fußweges nördlich der Otto-Hue-Straße in Beckhausen-Rosenhügel zwischen Parkplatz, Hundewiese und Kinderspielplatz in beziehungsweise durch die Produktgruppe 5502 GELSENDIENSTE (GD-Grünanlagen) im Bezirk West.

Hiermit wird die Aufnahme in den Haushalt 2019 sowie die direkte Aufstellung und Betreuung mehrerer Hundekottütenspender durch GELSENDIENSTE im beschriebenen Bereich beantragt.

Begründung: Bereits im April 2017 wurde im Rahmen einer Anfrage die Notwendigkeit von Hundekottütenspendern im o.g. Bereich angemerkt und die Möglichkeit einer Umsetzung erfragt. Die Notwendigkeit und Umsetzung wurde von

der Verwaltung im Mai 2017 positiv, mit der Zusage einer zeitnahen Durchführung, gewürdigt. Im Rahmen eines Sachstandberichtes zu diesem Thema wurde im Januar 2018 in der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West diskutiert, nachdem die Maßnahme immer noch nicht umgesetzt war und die Anfrage erneut gestellt. Im Februar 2018 wurde von der Verwaltung schriftlich und verbindlich zugesagt, dass die Maßnahme im Juli 2018 umgesetzt sein wird. Eine Umsetzung ist bis zum heutigen Tage noch nicht erfolgt, so dass diese über einen Haushaltsantrag eingefordert und angemahnt werden muss, da die Verwaltung anscheinend nicht Willens und in der Lage ist, ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Herr Bezirksbürgermeister Gill ließ über den Änderungsantrag von Herrn Kranefeld abstimmen.

Dem Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung der Bezirksverordneten Herrn Hauer und Herrn Grohé zugestimmt.

Herr Kranefeld wollte wissen, auf welchen Zahlen der Haushaltsentwurf basiere.

Herr Florian antwortete, die Änderungen für den am 30. August 2018 eingebrachten Entwurf würden erst zur 2. Lesung des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschusses (HFBP) konkretisiert.

Herr Kranefeld hielt es daher für problematisch, dem Haushaltsaufstellungsverfahren zuzustimmen.

Herr Florian stellte klar, die Abstimmung erfolge über den Entwurf, so wie er der Bezirksvertretung seit Ende August 2018 vorliege.

Herr Berghorn wies darauf hin, dieser Entwurf sei in Teilen nicht haltbar und die CDU-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten. Er schlage vor, die Vorlage ohne Abstimmung an den HFBP weiterzugeben.

Herr Harter konnte die Zweifel nachvollziehen, versicherte aber, die Änderungen, die sich aus den politischen Anträgen ergäben, veränderten den Haushaltsplanentwurf in seiner Gesamtheit von über 1 Mrd. Euro lediglich marginal. Die Bezirksvertretung habe, nach der kurzfristig vorgelegten Vorlage am 4. September 2018, nunmehr ausreichend Gelegenheit gehabt, sich mit dem Entwurf auseinander zu setzen. Er rege an, die Bezirksvertretung solle ihre Position zum vorliegenden Entwurf darlegen, zumal sie auch Anträge gestellt habe.

Herr Grohé schloss sich dem Vorschlag, die Vorlage ohne Abstimmung zu lassen, an.

Herr Harter wies darauf hin, die Bezirksvertretung habe mit der Abstimmung die einzige Möglichkeit, dem HFBP zu signalisieren, wie sie sich positioniert habe.

Herr Gerlach fügte für die SDP-Fraktion hinzu, die Bezirksvertretung habe im 2. Beratungszyklus nochmals die Möglichkeit erhalten, eigene Anträge einzubringen und sollte auch ein Votum abgeben. Dies sei auch die Zustimmung dazu, dass die Verwaltung die eingereichten Anträge einarbeiten solle.

Herr Kranefeld sprach sich ebenfalls dafür aus, über die Vorlage abzustimmen. Es gebe dabei auch die Möglichkeit, sich zu enthalten. Er wolle wissen, wie sich die

Aufsichtsbehörde bezüglich der rückgestellten Gelder der Verwaltung positioniert habe. Er beantrage, über die vier Punkte der Vorlage getrennt abzustimmen.

Herr Florian sicherte zu, die Antwort zu Protokoll zu geben.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung hat seit dem Sommer intensive Gespräche mit der Bezirksregierung Münster geführt. Die Fraktionen und Einzelmandatsträger des Rates der Stadt wurden über die Ergebnisse unterrichtet.

Auf Antrag von Herrn Kranefeld rief Herr Bezirksbürgermeister Gill die Positionen des Haushaltsaufstellungsverfahrens getrennt auf. Dabei ergab sich folgende Abstimmung:

Die Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West

1. stimmt dem am 30. August 2018 in den Rat der Stadt eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung 2019 (Drucksache Nr. 14-20/6170) zu

mehrheitlich zugestimmt bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen

2. stimmt dem am 30. August 2018 in den Rat der Stadt eingebrachten Entwurf des Haushaltssanierungsplans (Drucksache Nr. 14-20/6169) zu.

mehrheitlich zugestimmt bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

3. stimmt der am 30. August 2018 in den Rat der Stadt eingebrachten Auflistung zum investiven Teil des Finanzplans 2018 (Drucksache Nr. 14-20/6174) zu.

mehrheitlich zugestimmt bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

4. nimmt die beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung zu den Prüfaufträgen aus dem ersten Beratungszyklus zur Kenntnis.

einstimmig zugestimmt

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 5

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6376

Bebauungsplan Nr. 424
der Stadt Gelsenkirchen
"Ehemaliges Gartencenter"
zwischen Fischerstraße und Alter Emscher
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
(beschleunigtes Verfahren)

Beschlussempfehlung für den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss:

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung den

erneuten Entwurf des Bebauungsplans Nr. 424 (beschleunigtes Verfahren)
der Stadt Gelsenkirchen

"Ehemaliges Gartencenter"
zwischen Fischerstraße und Alter Emscher

mit seiner Begründung und gemäß § 4a Abs. 3 und § 3 Abs. 2 in Verbindung mit § 13a Abs. 2 und § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB die erneute öffentliche Auslegung.

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs ist im Bebauungsplan-Grundriss festgesetzt.

Der Entwurf dieses Bebauungsplans, der aus dem "Grundriss" im Maßstab 1:500 und "Textlichen Festsetzungen" besteht, sowie die beigefügte Begründung, werden als gesonderte Niederschriften gemäß § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der zurzeit geltenden Fassung festgehalten. Die Originale dieser gesonderten Niederschriften werden bei der verfahrensführenden Stelle der Stadt Gelsenkirchen aufbewahrt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Berghorn erkundigte sich nach den Unterschieden zur Vorlage aus dem Frühjahr 2017.

Frau Sindram erläuterte die Planungserfordernis, die Rahmenbedingungen und die Art der Nutzung, die geprüft worden seien.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 6

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6193

Gesamtstädtisches Räumliches Strukturkonzept (RSK)
hier: abschließender Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB

Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt das Gesamtstädtische Räumliche Strukturkonzept (RSK) nach vorangegangener Prüfung und Abwägung der in der Beteiligung von Öffentlichkeit und Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB). Damit wird das Konzept zur handlungsleitenden Grundlage für die räumliche Planung und ist als Abwägungsbelang in der Bauleitplanung zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine geeignete Organisationsstruktur einzurichten, welche die Umsetzung der Ziele und Handlungsschwerpunkte des Konzepts begleitet und koordiniert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung des Bezirksverordneten Herrn Hauer

Erläuterungen:

Herr Kranefeld zeigte sich erfreut über die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage nach dem Ringschluss der Linie 301.

Herr Bezirksbürgermeister Gill erkundigte sich, ob es Grabungen auf dem Linnenbrinksfeld geben werde.

Frau Ruckes antwortete, die Emschergenossenschaft habe darauf aufmerksam gemacht, es gebe Hinweise, auf dem Gelände habe sich ein Massengrab für jüdische Zwangsarbeiter aus dem Zweiten Weltkrieg befunden. Zielsetzung sei, die Fläche als Premiumstandort für die Grünaufwertung auszuweisen. Einzelmaßnahmen würden noch im Detail geprüft. Das Institut für Stadtgeschichte habe mitgeteilt, die Gräber seien auf den Horster Friedhof verlagert worden, trotzdem werde man sensibel mit dem Gelände umgehen.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 7

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6228

Sanierung des Kunstrasenspielfeldes auf der Sportanlage "Auf dem Schollbruch"

Beschlusstext:

Der Sanierung des vorhandenen Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage „Auf dem Schollbruch“ durch eine Erneuerung des Kunstrasenbelages wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung des Bezirksverordneten Herrn Hauer

Erläuterungen:

Herr Kranefeld wollte wissen, ob wegen der Zeit oder der Art der Nutzung mit der Sanierung zu rechnen gewesen sei. Da es sich um einen hohen Betrag aus Mitteln der Sportförderung handle, wolle er wissen, wie lange ein solcher Belag erfahrungsgemäß halte.

Herr Hauer erinnerte daran, in den Jahren 2010 und später seien bereits 600.000,00 Euro für die Sanierung des Kunstrasenspielfeldes investiert worden. Da jetzt noch einmal 250.000,00 Euro benötigt würden, wolle er wissen, wer nach der damaligen Maßnahme für die Abnahme verantwortlich gewesen sei. Er befürchte, eine Haftung des Herstellers sei wegen der Verjährung nicht mehr möglich und er glaube, die Verwaltung habe nicht sorgfältig gearbeitet.

Herr Berghorn erkundigte sich nach der Gewährleistungszeit für Sportplätze und ob die ausführende Baufirma diesen Flächenbelag auch auf anderen Plätzen aufgebracht habe.

Herr Kinner teilte mit, die Haltbarkeit der Oberfläche betrage 12 bis 15 Jahre. Defekt sei die Tragschicht mit Kunstfasern, die darunter liegende Schicht sei größtenteils noch gut erhalten. Zu der Frage, ob der Materialmangel zum Zeitpunkt der Verlegung schon vorgelegen habe, könne er keine Aussage machen. Inzwischen habe sich herausgestellt, die Klebeschicht sei nicht mehr vorhanden. Die Gewährleistung betrage drei Jahre und die Firma, die die Arbeiten, auch auf anderen Plätzen, ausgeführt habe, sei inzwischen insolvent.

Herr Kranefeld fragte, ob es ausreiche, nur die obere Schicht zu erneuern, wenn danach die untere Schicht sanierungsbedürftig werde.

Herr Kinner erläuterte den Aufbau von Kunstrasenflächen. In der Regel müsse lediglich die obere Schicht erneuert werden.

Herr Schikorr wollte wissen, wie lange die Bauarbeiten dauerten, da der SVHorst 08 viele Mannschaften im Trainingsbetrieb habe.

Herr Kinner antwortete, bei entsprechender Witterung, das bedeute trockenes Wetter und Temperaturen zwischen 5 und 6 Grad, gehe er von einer Bauzeit von vier Wochen aus. Gelsensport wolle die Fläche gern im Frühjahr 2019 sanieren. Bis zum Baubeginn sei das Training weiterhin möglich.

Herr Hauer hatte festgestellt, die Verwaltung arbeite in vielen Bereichen schlampig. Als Beispiel nenne er den Vertrag über die Traglufthalle und die zu schwachen Scharniere, die die schweren Türen im Hans-Sachs-Haus nicht halten könnten. Er bitte, darüber nachzudenken, wie bei der Ausschreibung die Vergabe an „Schwarze Schafe“ vermieden werden könne, indem nur Firmen den Zuschlag erhielten, die saubere Arbeit leisteten. Außerdem müsse eine Kontrolle des Materials und der durchgeführten Arbeiten durch die Verwaltung erfolgen, damit keine Kostenexplosionen entstünden.

Herr Berghorn erkundigte sich, ob die Ursache für die Auslösung der Kunststofffasern aus dem Trägermaterial bekannt sei und bei der neuen Ausschreibung die fehlerhafte Sanierung der Flächen durch Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse ausgeschlossen werden könne.

Herr Kinner wies darauf hin, die Verwaltung sei lernfähig und habe mit den neu gebauten Flächen bisher keine Probleme. Lediglich in einem Fall habe man eine Firma für verklumptes Granulat in Regress genommen. Zeitgleich mit der damaligen Sanierung habe die inzwischen insolvente Firma den Sportplatz Oststraße gebaut. Dort seien keine Probleme aufgetreten. Es lägen keine Erkenntnisse darüber vor, ob die Verklebung von Anfang an gefehlt oder sich aufgelöst habe.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 8

**Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6239**

Verlegung der Go-Kart-Bahn auf dem Bau- und Abenteuerspielplatz Bottroper Straße

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Baumaßnahme, wie in der Problembeschreibung dargestellt, auszuführen:

Verlegung der vorhandenen Go-Kart-Bahn auf dem Gelände des Bau- und Abenteuerspielplatzes an der Bottroper Straße.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

./.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 9

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6269

Jugendhilfeplan Teil IV "Tageseinrichtungen für Kinder" - Bedarfsplanung 2018/2019

Beschlussempfehlung für den Betriebsausschuss GeKita:

Die Planungen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder sind nach den Grundsätzen des Jugendhilfeplans weiterzuführen. Für konkrete Maßnahmen sind Einzelbeschlüsse einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

./.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 10

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6318

Fällung von Straßenbäumen im Stadtbezirk Gelsenkirchen-West

Beschlusstext:

Die Bezirksvertretung stimmt den in der Problembeschreibung/Begründung unterbreiteten Vorschlägen zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Kranefeld hatte festgestellt, für die zu fällende Silberweide Marferdingstraße / Essener Straße erfolge keine Nachpflanzung und bat um eine Nachpflanzung im Bezirk West.

Herr Vogt erläuterte, in der Marferdingstraße stünden viele unterständige Bäume und eine Nachpflanzung sei wegen des Platzmangels nicht möglich. Nachpflanzungen erfolgten, auch in anderen Bereichen, zusätzlich zum Ökologieprogramm, ständig. Er sicherte eine Nachpflanzung im Bezirk West und Mitteilung des Standortes zu.

Antwort der Verwaltung:

Die Nachpflanzung eines Rotahorns erfolgt im Schlosspark Horst.

Frau Meyer wollte wissen, ob die nachgepflanzten Bäume einer DIN-Norm entsprächen.

Herr Vogt führte aus, grenznahe Nachpflanzungen, zum Beispiel für eine Buche oder Eiche, erfolgten durch einen Baum, der stressfrei mit der Klimasituation zurechtkomme. Bei der Rundfahrt habe er vermittelt, GELSENDIENSTE achte darauf, bei jedem Ersatz zu berücksichtigen, dass der Baum für die Klima- und Standortbedingungen gut geeignet sei.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 11

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6488

Schulentwicklung in Gelsenkirchen;
Ausbau für die Offene Ganztagschule (OGS) an der Gemeinschaftsgrundschule an der Albert-Schweitzer-Straße, Albert-Schweitzer-Straße 38:

Beschlussempfehlung für den Ausschuss für Bildung:

Der Ausbau der OGS der Gemeinschaftsgrundschule Albert-Schweitzer-Straße wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Berghorn wollte für die CDU-Fraktion wissen, warum die Vorlage noch so kurzfristig in die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen worden sei und ob hierfür die Art der Förderung oder andere Bedingungen ausschlaggebend gewesen seien.

Frau Soschinski erläuterte die Planung, die dem Bedarf an Betreuung Rechnung tragen solle. Sie habe von den Planern erst im September 2018 die Ermittlung der Kosten bekommen. Da für die neue Küche eine stärkere Stromleitung erforderlich werde, sei ein Ortstermin mit der ELE notwendig gewesen, da diese auch eine Kostenschätzung für ein neues Trafo-Häuschen habe abgeben müssen. Danach sei die Vorlage noch im Verwaltungsvorstand behandelt worden. Wegen der Interimslösung sei die Frist sehr kurz und mit der Maßnahme solle so schnell wie möglich begonnen werden, damit die Fertigstellung der Küche zum Ende des nächsten Jahres abgeschlossen sei.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 12

Sitzungsdatum: 06.11.2018
Drucksache Nr.: 14-20/6427

Fortschreibung des Nahverkehrsplans, Teil 2 (Gesamtentwurf)

- Entscheidung über die Anregungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 9 ÖPNVG NRW

Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt:

1. Der Rat der Stadt nimmt die Synopse der Stellungnahmen der Anhörung „Fortschreibung des Nahverkehrsplans, Teil 2 (Gesamtentwurf)“ zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt beschließt den vorgelegten Entwurf der Fortschreibung des Nahverkehrsplans, Teil 2 (Gesamtentwurf) mit den in der Synopse vorgeschlagenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Erläuterungen:

Herr Kranefeld freute sich über die Verbesserung der Anbindungen des ÖPNV im Bezirk West und die Aufnahme der Verlängerung der Linie 301 und warb für eine Zustimmung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans.

Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West TOP: 13

Sitzungsdatum: 06.11.2018

Mitteilungen und Anfragen

Die Mitteilungen 13.1 bis 13.10 wurden zur Kenntnis genommen.

Es wurde folgende Mitteilung gegeben:

1. Graffitisprühungen im Duschaum der Mehrzweckhalle der Gesamtschule Horst

Herr Jansen bat, die Graffitisprühungen (z.B. ACAB und ein Hakenkreuz) in dem Duschaum der Mehrzweckhalle (Raum H 29) in der Gesamtschule Horst zu beseitigen.

Es wurden folgende Anfragen gestellt:

1. REWE Markt Turfstraße / Essener Straße

Herr Hauer bat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Verwaltung bekannt, dass der REWE Markt Turfstraße / Essener Straße den Standort verlassen wird?
a) Wenn ja, ist es richtig, dass der Markt im April 2019 schließt?
2. Ist der Verwaltung bekannt, dass ein Penny-Markt dort entstehen soll?

- a) Wenn ja, wurden schon Anträge an die Verwaltung zwecks Umbau etc. an die Verwaltung gestellt?
 - b) Wenn ja, wie ist derzeit der „Stand der Dinge“?
 - c) Wenn ja, wird dadurch der Nahversorgungsbedarf gedeckt?
 - d) Wenn nein, wie wird in Zukunft der Nahversorgungsbedarf an der Stelle gedeckt sein bzw. sichergestellt?
3. Ist der Verwaltung bekannt, wie den derzeitigen Mitarbeitern eine (berufliche) Zukunft an der o. g. Stelle geboten wird?
- a) Wenn ja, wie sieht diese aus?

2. Ergebnisniederschrift über die Sitzung der Unfallkommission am 26. März 2018

Herr Schikorr nahm Bezug auf die Vorlage „Ergebnisniederschrift über die Sitzung der Unfallkommission am 26. März 2018“, Drucksache Nr. 14-20/6175. Im Beobachtungszeitraum des Bereiches Turfstraße / Essener Straße / Johannastraße sei die Zahl der Unfälle mit Personenschäden rückläufig, dennoch sei zu beobachten, dass bei Grünphasen auf der Turfstraße, zwischen Johannastraße und Buerer Straße, viele Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs seien, was schon zweimal der Grund für die völlige Zerstörung des Wartehäuschens auf der Mittelinsel gewesen sei. Damit es in diesem Bereich nicht eines Tages zu Personenschäden komme, bitte er um Beantwortung folgender Frage:

- Sind dort Maßnahmen zur Kontrolle zwecks Einhaltung der Geschwindigkeit möglich?

3. Reinigung von Baumscheiben

Herr Grohé bat um Beantwortung folgender Frage:

- Wann werden in der Markenstraße die mit Eisengittern zugedeckten Baumscheiben endlich gereinigt?

4. Markt in Horst-Süd

Herr Grohé hatte beobachtet, der Markt in Horst-Süd schrumpfe und werde seit Monaten nur noch von drei Markthändlern beschickt. Er bitte um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie schätzt die Verwaltung, bzw. der „Herr der Märkte“, Dr. Panteleit, dieses Problem ein?
- Gibt es ernsthafte Überlegungen zur Lösung dieser Frage oder zur Entwicklung von Alternativen?
 - a) Wenn ja, welche sind das?
 - b) Wenn nein: Was denkt die Bezirksvertretung / Verwaltung in diesem Fall zu unternehmen, um einer weiteren Verwahrlosung dieses Platzes und damit einer weiteren Abwärtsentwicklung des Horster Südens entgegen zu wirken?

**Anwesenheitsliste für die Niederschrift der 29. Sitzung der
Bezirksvertretung Gelsenkirchen-West
am 6. November 2018**

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 17.50 Uhr

Lfd. Nr.	Name, Vorname	An- wesend (x)	Abweichende Anwesenheit	
			Beginn TOP / Uhrzeit	Ende TOP / Uhrzeit
1	Herr Franz-Josef Berghorn (CDU)	X		
2	Herr Nurettin Ertürk (WIN)	e		
3	Frau Rosemarie Gerlach (SPD)	X		
4	Herr Udo Gerlach (SPD)	X		
5	Herr Joachim Gill (SPD)	X		
6	Herr Tomas Grohé (DIE LINKE)	X		
7	Herr Kevin Gareth Hauer (FAG)	X		
8	Frau Ingrid Husmann (SPD)	X		
9	Herr Heinz Jäger (SPD)	X		
10	Frau Elisabeth Jansen (CDU)	X		
11	Herr Martin Jansen (AfD)	X		
12	Frau Waltraud Josten (SPD)	X		
13	Herr Mirco Kranefeld (B 90/DIE GRÜNEN)	X		
14	Herr Clemens Lucas (CDU)	X		
15	Frau Petra Meyer (SPD)	X		
16	Herr Dirk Schikorr (SPD)	X		
17	Herr Hans-Jürgen Seidel (SPD)	e		

Von der Verwaltung

	Herr Martin Harter, V6	X		
	Herr Stefan Florian, 20	X		
	Herr Marcel Günther, 32	X		
	Herr Uwe Gerwin, 47	X		
	Frau Iris Guder, 51	X		
	Frau Heike Schlosssarek, 51	X		
	Herr Bernd Kalinowski, 51	X		
	Frau Martina Soschinski, 51	X		
	Frau Kerstin Sindram, 61	X		
	Frau Verena Ruckes, 61	X		
	Herr Marc Sikorski, 65	X		
	Herr Tobias Zobel, 69	X		

Von der Verwaltung				
	Herr Gunter Vogt, GD	X		
	Herr Thomas Kinner, GSport	X		
	Frau Renate König, 2 - Schriftführerin -	X		
	Frau Daniela Hartleib, 2	X		

Gäste				
	Herr Daniel Karthaus, PTV Transport Consult GmbH	X		